

# Erfolg der Schweiz nicht aufs Spiel setzen



am 9. Februar  
**NEIN!**

**SVP-Abschottungsinitiative**

[www.bilaterale.ch](http://www.bilaterale.ch)

## Das will die SVP-Initiative

Mit der Initiative «gegen Masseneinwanderung» verlangt die SVP die Einführung von Höchstzahlen und Kontingenten für den Aufenthalt von allen Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz. Heute bestehen solche Kontingente für Personen aus Ländern ausserhalb der EU/Efta. Die Initiative will neu eine Begrenzung auch für Zuwanderer aus Europa, für Asylbewerber und für Grenzgänger. Internationale Verträge, die der Beschränkung widersprechen,

müssen innert drei Jahren neu verhandelt oder gekündigt werden. Dies betrifft insbesondere das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, das Teil der Bilateralen Verträge I ist. Die sieben Verträge sind miteinander verknüpft (Guillotineklausel). Das bedeutet: Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit verliert die Schweiz alle Abkommen.

# Die Initiative gefährdet den Bilateralen Weg

Die Abschottungsinitiative der SVP führt zur Kündigung der Bilateralen Verträge mit der EU. Sie zerstört damit einen der wichtigsten Pfeiler des Schweizer Wohlstands. Denn die Bilateralen haben sehr viel dazu beigetragen, dass unser Land die weltweite Wirtschaftskrise nahezu unbeschadet überstanden hat.

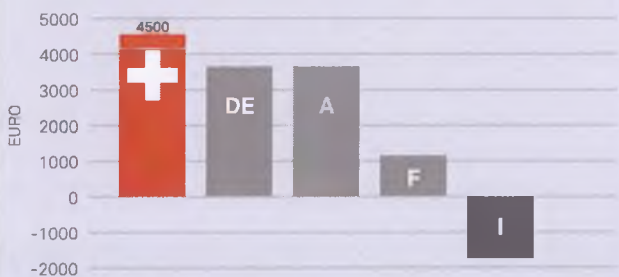
## Die Bilateralen sind eine Erfolgsgeschichte

Der Schweiz geht es gut. Die Löhne steigen, die Arbeitslosigkeit verharrt auf tiefen drei Prozent. Das haben wir nicht zuletzt den Bilateralen Abkommen mit Europa zu verdanken. Sie verschaffen unserer Wirtschaft Zugang zu einem Markt mit 500 Millionen Kunden. Heute verkauft die Schweizer Exportwirtschaft mehr als die Hälfte ihrer Produkte in EU-Ländern. Waren im Wert von 325 Millionen Franken pro Tag. Das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Seit dem Inkrafttreten der Bilateralen (2002) ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf in keinem unserer Nachbarländer stärker gestiegen als in der Schweiz.

Und es geht nicht allein um Handel. Die Bilateralen Verträge verschaffen Vorteile in vielen Bereichen: Unsere Wissenschaftler bewerben sich mit grossem Erfolg um europäische Forschungsaufträge. Transportunternehmen aus der EU zahlen der Schweiz jährlich 425 Millionen Franken an die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene. Und die Bilateralen ermöglichen es unseren Unternehmen, sich im ganzen EU-Raum um öffentliche Aufträge zu bewerben und die besten europäischen Fachleute anzustellen. **Das hat der Schweiz besser ausgebildete und leichter integrierbare Zuwanderer gebracht als je zuvor.** Das Stimmvolk hat dreimal deutlich Ja gesagt zur Erfolgsgeschichte der Bilateralen Verträge (2000, 2005 und 2009). Nun stehen sie erneut auf dem Spiel.

## Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf

Gesamtzuwachs von 2002 bis 2012 in Euro



Quelle: Eurostat

## SVP riskiert die Kündigung aller Verträge

Die Personenfreizügigkeit ist das Kernstück der Bilateralen Verträge und eine Grundfreiheit im europäischen Binnenmarkt. Die Initianten wollen sie massiv einschränken und neu verhandeln, ohne das ganze Vertragswerk zu gefährden. Das ist reine Augenwischerei. Denn die EU hat keine Möglichkeit, uns den lukrativen Binnenmarkt offen zu halten, wenn die Schweiz eine der wichtigsten Spielregeln nicht mehr akzeptieren will. Das machen die EU-Mitgliedstaaten niemals mit. Neuverhandlungen sind deshalb zum Scheitern verurteilt, das Abkommen müsste gekündigt werden. Und weil die Bilateralen miteinander verknüpft sind, würde die Schweiz auf einen Schlag auch alle anderen Bilateralen Verträge verlieren. Das Resultat: Ein riesiger Scherbenhaufen.



«Die Schweiz ist innovativ, wohlhabend, lebenswert. Die Bilateralen haben viel dazu beigetragen.»

Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin CVP  
Biel-Benken BL



## «Innovation ist der Treiber der Schweizer Wirtschaft. Dazu brauchen wir hoch qualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland.»

Hans Hess, Präsident Swissmem

Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie

# Die Initiative verschärft den Fachkräftemangel

Die Schweiz investiert viel in die Ausbildung von Spezialisten für alle Berufe. Trotzdem gibt es im Inland nicht genügend Fachleute, um alle Lücken zu füllen. Dank der Personenfreizügigkeit können die fehlenden Arbeitskräfte unkompliziert in anderen Ländern rekrutiert werden. Die SVP-Initiative will das radikal ändern.

### Auf ausländische Fachkräfte angewiesen

Wir leben in einer alternden Gesellschaft – das Verhältnis von jungen zu älteren Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verschoben. Viele Lücken auf dem Arbeitsmarkt können mit dem inländischen Nachwuchs nicht mehr gefüllt werden. **Gut ausgebildetes Personal aus dem Ausland ist für viele Unternehmen überlebenswichtig geworden.** Ohne ausländische Arbeitskräfte würde unser Gesundheitssystem nicht mehr funktionieren, Hotels und Restaurants müssten schliessen, Bauern könnten ihre Ernte nicht mehr einbringen und Forschungsabteilungen müssten ins Ausland verlegt werden. Gemäss einer aktuellen Umfrage der Firma Manpower leiden 37 Prozent der Firmen unter einem Mangel an gut ausgebildetem Personal. Die Personenfreizügigkeit ermöglicht es diesen Unternehmen, auch in den Nachbarländern nach Fachkräften Ausschau zu halten und diese unkompliziert einzustellen.

### 565 000 neue Jobs – auch für Schweizerinnen und Schweizer

Die Schweiz wandelt sich, sie wird mehr und mehr zu einem Standort für moderne, international erfolgreiche Dienstleistungsunternehmen. Nicht umsonst gilt sie heute als das innovativste Land der Welt. Gleichzeitig werden viele interessante

neue Jobs geschaffen, insbesondere für Schweizerinnen und Schweizer. Insgesamt waren es 565 000 neue Stellen seit der Einführung der Bilateralen im Jahr 2002.

### Die Löhne wachsen schneller

Es ist ein Märchen, dass immer mehr Einheimische durch billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland verdrängt werden. Die Arbeitslosenquote der Schweiz ist seit vielen Jahren sehr stabil und zählt zu den tiefsten weltweit. Und auch die Löhne sind nicht unter Druck gekommen. Im Gegenteil: In den zehn Jahren vor Einführung der Personenfreizügigkeit sind die Saläre in der Schweiz um durchschnittlich 0,2 Prozent pro Jahr gewachsen, seit 2002 um 0,6 Prozent. Durch die flankierenden Massnahmen sind die Schweizer Arbeitnehmenden vor Lohndumping geschützt.

### Breite Allianz gegen die Initiative

Bundesrat, Ständerat und Nationalrat haben deutlich Nein gesagt zur SVP-Initiative. Im Parlament haben die CVP, BDP, FDP, SP, GLP, die Grünen und die EVP geschlossen Nein gestimmt. Zu den Gegnern der Initiative zählen aber auch der Schweizerische Bauernverband, der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Arbeitgeberverband, economiesuisse und zahlreiche Branchenverbände.

### Diese Bilateralen Verträge stehen auf dem Spiel

Personenfreizügigkeit	Das Abkommen erlaubt es Schweizern, in der EU eine Arbeit aufzunehmen und zu wohnen – und umgekehrt.
Forschung	Forschende und Unternehmen können sich an den grossen Forschungsprogrammen der EU beteiligen.
Öffentliches Beschaffungswesen	Schweizer Anbieter können sich gleichberechtigt mit EU-Firmen um öffentliche Aufträge bewerben.
Handel mit Agrarprodukten	Für Käse, Früchte, Gemüse, Fleischspezialitäten und Wein werden Zölle abgebaut.
Landverkehr	Der Vertrag regelt die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Anerkennung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) durch die EU.
Luftverkehr	Aus der Schweiz operierende Fluggesellschaften erhalten die gleichen Rechte wie Airlines aus EU-Ländern.
Technische Handelshemmnisse	Die Schweiz und die EU anerkennen die Zulassung und Zertifizierung von vielen Industrieprodukten gegenseitig.

# Die Initiative schafft ein Bürokratiemonster

Die SVP-Initiative will die Zuwanderung aus der EU wieder mit Kontingenten wie vor 2002 regeln. Doch die Erfahrungen der Schweiz mit einem solchen System sind negativ. Es ist teuer und ineffizient. Und es garantiert nicht, dass jene Leute in die Schweiz kommen, welche die Wirtschaft wirklich brauchen kann.

## Achtung: Bürokratischer Leerlauf

Die Zuwanderungspolitik der Schweiz hat sich bewährt, denn es können damit **genau jene Personen einwandern, für die es in der Schweiz auch eine Stelle hat**. Die Initianten fordern hingegen, dass künftig der Staat Kontingente für alle Zuwanderer festlegt und somit entscheidet, wer wo gebraucht wird. Im Alltag müssten amtliche Stellen darüber befinden, ob jemand die Schweizer Wirtschaft weiter bringen kann oder nicht. Staatliche Planwirtschaft rückt an die Stelle eines liberalen Systems: Das führt zu einer enormen Bürokratie, die unsere Unternehmen belastet. Und die hohen Verwaltungskosten müssen die Steuerzahler berappen. Weder der Bund noch die Kantone wollen ein solches System zurück.

## Arbeitsmarkt- und Asylpolitik nicht vermischen

Asyl- und Arbeitsmarktpolitik sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Aber die Initianten schlagen alles über denselben Leist, indem sie die Einführung von Höchstzahlen für alle Arten von Zuwanderung verlangen. Sie machen damit Versprechungen, die sie gar nicht einlösen können. Die Schweiz ist völkerrechtlich dazu verpflichtet, sämtliche Asylgesuche zu prüfen – sie darf hier keine starre Obergrenze festlegen.

## Personenfreizügigkeit ist keine Einbahnstrasse

Was die SVP gerne vergisst: Von der Freiheit, überall in Europa arbeiten oder studieren zu können, machen auch Schweizerinnen und Schweizer oft und gerne Gebrauch. 435 000 von ihnen leben derzeit in anderen europäischen Staaten und sind froh, dass sie das ohne langwierige bürokratische Anmeldeverfahren tun können.

## Es droht die Abschottung der Schweiz

Die Schweiz ist international ein Erfolgsmodell. Als Transitland im Zentrum des Kontinents ist sie seit jeher nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und kulturell stark vernetzt mit Europa und der Welt. **Diese Offenheit trägt massgeblich zur hohen Lebensqualität in unserem Land bei**. Mit ihrer Initiative setzt die SVP all das fahrlässig aufs Spiel. Sie predigt den Alleingang und riskiert eine aussenpolitische Abschottung der Schweiz.

.....

**Am 9. Februar 2014:**

**NEIN zur SVP-Abschottungs-Initiative!**

Die SVP-Initiative:

- › **gefährdet den Bilateralen Weg**
- › **verschärft den Fachkräftemangel**
- › **schafft ein Bürokratiemonster**



**«Die SVP-Initiative bremst nicht die Zuwanderung, sondern den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit unseren Nachbarn.»**

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne  
Zürich ZH